



Sparkasse Gütersloh

Geschäftsbericht

2014

Sparkasse Gütersloh

- Zweckverbandssparkasse der Stadt
und des Kreises Gütersloh -

Geschäftsbericht 2014

152. Geschäftsjahr

Hauptstelle:

Konrad-Adenauer-Platz 1
33330 Gütersloh

Postfach 30 51
33260 Gütersloh

Tel. 05241-1011

Geschäftsstellen in Gütersloh:

Diekstraße 1
Kahlertstraße 167
Carl-Bertelsmann-Straße 81
Brockhäger Straße 11
Neuenkirchener Straße 90
Langertsweg 24
Herzebrocker Straße 45

Avenwedde-Bahnhof, Isselhorster Straße 240
Avenwedde-West, Avenwedder Straße 52

Friedrichsdorf, Paderborner Straße 5

Isselhorst, Haller Straße 135

Spexard, Am Hüttenbrink 2

Geschäftsstellen in Harsewinkel:

Münsterstraße 6

Greffen, Hauptstraße 42

Marienfeld, Im Kreuzteich 17

Internet:

<http://www.sparkasse-guetersloh.de>

e-mail:

info@sparkasse-guetersloh.de

Die Sparkasse Gütersloh ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe, Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Bonn, angeschlossen.

Lagebericht

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Gütersloh unter der Nummer A 4109 im Handelsregister eingetragen. In ihrem Geschäftsgebiet ist die Sparkasse neben der Hauptstelle mit 15 Geschäftsstellen vertreten.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt und dem Kreis Gütersloh gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Gütersloh und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, der angrenzende Kreis Warendorf und die kreisfreie Stadt Bielefeld. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Risikoausschuss der Sparkasse erörtert, dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2014

1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In der ersten Jahreshälfte konnte die konjunkturelle Entwicklung die Erwartungen nicht erfüllen. Das lag unter anderem auch daran, dass der für die Euro-Zone erhoffte Aufschwung ausgeblieben ist. Bei den übrigen großen Industrieländern verlief die konjunkturelle Entwicklung deutlich besser. Das Problem der Konjunkturabschwächung zeigte sich im ersten Halbjahr auch bei den Schwellenländern. In einigen dieser Länder ist der Rückgang des Wachstums, insbesondere vor dem Hintergrund der Krise in Osteuropa, stärker ausgefallen als zu Beginn des Jahres vermutet.

1.2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Nach einem starken Jahresauftakt ist die Produktion im zweiten Quartal 2014 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Zwar war erwartet worden, dass die witterungsbedingt starke Dynamik am Jahresanfang nicht anhalten würde. Dennoch kam der Produktionsrückgang unerwartet. Günstige Finanzierungsbedingungen, eine zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten und eine hohe Zuversicht in den privaten Unternehmen hatten eine Beschleunigung der Investitionen erwarten lassen. Diese konjunkturelle Schwächephase besserte sich erst zum Ende des Jahres. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich im letzten Quartal gegenüber dem Vorquartal wieder um 0,7 % erhöht. Insgesamt stieg das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 um 1,6 % nach 0,4 % im Vorjahr.

1.3. Regionale wirtschaftliche Entwicklung

Nach einer Schwächephase im Sommerhalbjahr 2014 hat sich die konjunkturelle Lage in Westfalen-Lippe zum Jahresende wieder aufgehellt. In den kommenden Monaten sollte sich die eingeschlagene Aufwärtsbewegung in moderatem Tempo fortsetzen. Denn die Stimmung der heimischen Unternehmen hat sich gegenüber der Herbst-Umfrage leicht verbessert. Ausschlaggebend war die robuste Binnennachfrage. Infolge des ölpreisbedingten Kaufkraftzuwachses dürfte insbesondere der private Konsum zulegen. Aber auch beim Wohnungsbau sind aufgrund des anhaltend niedrigen Hypothekenzinsniveaus weitere Zuwächse zu erwarten, wenngleich die Dynamik voraussichtlich etwas nachlässt. Die Exporte dürften vom schwachen Außenwert des Euro beflügelt werden. Zudem besteht die Aussicht, dass der Welthandel Fahrt aufnimmt. All dies sollte grundsätzlich stimulierend auf die unternehmerische Investitionstätigkeit wirken. Jedoch wird die Investitionsneigung weiterhin von der Verunsicherung infolge der geopolitischen Spannungen und der schwelenden Schuldenkrise im Euro-Raum gedämpft. Mit einer durchgreifenden konjunkturellen Belebung ist daher vorerst nicht zu rechnen. Diese Einschätzung verdeutlicht der *Sparkassen-Konjunkturindikator*, der sich als gewogenes Mittel aus Geschäftslage und Zukunftserwartungen von rund 3.100 Unternehmen sämtlicher Wirtschaftszweige in Westfalen-Lippe errechnet. Er hat sich im Frühjahr 2015 gegenüber dem Herbst 2014 leicht um 0,9 Punkte auf 117,7 Punkte erholt. Grund dafür sind leicht verbesserte Geschäftsaussichten, während das Lageurteil unverändert überwiegend positiv ausfällt.

Auch die *Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld (IHK)* kommt in ihrer Frühjahrsumfrage 2015 zu dem Ergebnis, dass das Konjunkturklima in Ostwestfalen sich gegenüber der Umfrage im Herbst 2014 nur geringfügig verändert hat. Trotz der weiter schwachen Konjunktur in Teilen Europas und nach wie vor bestehender geopolitischer Risiken sind die Ergebnisse der IHK-Konjunkturumfrage positiv. Die ostwestfälischen Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage im Frühjahr 2015 als gut.

Der Konjunkturklimaindikator für den Teilbereich *Handel* ist auf 127 Punkte gestiegen, da die Konsumlust der Verbraucher weiterhin ungebremst ist. Sparen ist aus Sicht vieler Bürger derzeit unattraktiv.

Im Teilbereich *Industrie* ist dagegen ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Auslandsnachfrage wird dabei als das größte Risiko für die Zukunft angesehen, gefolgt von den Arbeitskosten. Hier wirken sich besonders die aktuellen Tarifverhandlungen und der Mindestlohn negativ aus. Eine Entlastung bringen dagegen die niedrigen Energiepreise.

Der Konjunkturklimaindex für die *Dienstleister* befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Für die kommenden 12 Monate wird eine solide Geschäftslage erwartet. Viele Unternehmen wollen ihren Personalbestand halten oder sogar zusätzliches Personal einstellen. Dabei wird der Fachkräftemangel auch weiterhin als Problem für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen.

Insgesamt ist der Konjunkturklimaindikator gegenüber der Herbstumfrage zwar um 4 Punkte auf 116 Punkte gesunken. Die IHK ist aber der Ansicht, dass sich die ostwestfälische Wirtschaft trotz eines angespannten gesamtwirtschaftlichen Umfelds gut behauptet hat.

1.4. Zinsentwicklung

Die Geldpolitik in den Industrieländern ist weiterhin sehr expansiv. Die Inflationsraten im Euro-Raum waren aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, aber auch wegen verschiedener Sondereinflüsse rückläufig. Dies veranlasste die Europäische Zentralbank (EZB) im September 2014 zu einer weiteren Zinssenkung und zur Ankündigung von Maßnahmen im Bereich der quantitativen Lockerung. Im Euro-Raum ist somit eine Ausweitung der expansiven Maßnahmen zu beobachten. Dem steht in den USA und in Großbritannien aufgrund der fortschreitenden Konjunkturerholung die schrittweise Rückführung expansiver Maßnahmen gegenüber. Beide Länder haben ihre Programme zum Ankauf von Staatsanleihen mittlerweile beendet.

Mit dem Ziel, die Inflationsrate im Euro-Raum wieder in Richtung des Zielwerts von knapp 2,0 % zu heben, hat die EZB im Verlauf des Jahres 2014 eine Reihe expansiver Maßnahmen beschlossen: Der Hauptrefinanzierungssatz und der Einlagensatz wurden im Juni und September um jeweils 10 Basispunkte auf zuletzt 0,05 % bzw. -0,20 % reduziert. Der Spitzenrefinanzierungssatz wurde ebenfalls in zwei Schritten um insgesamt 45 Basispunkte auf 0,30 % gesenkt. Der negative Einlagensatz bewirkt, dass Geschäftsbanken nun erstmals für die Haltung von Zentralbankguthaben, die über die Mindestreservepflicht hinausgehen, Zinsen bezahlen. Darüber hinaus kündigte die EZB weitere Maßnahmen an. Hierzu zählen Programme zum Ankauf von Pfandbriefen und Kreditverbriefungen (Asset Backed Securities, ABS). All dies soll die Kreditvergabe der Geschäftsbanken und damit die Konjunktur im Euro-Raum ankurbeln.

Der 3-Monats EURIBOR, der sich von Jahresbeginn bis Anfang Juni bei etwa 0,3 % bewegte, fiel danach in Folge der beiden EZB-Zinssatzsenkungen auf ca. 0,2 % bzw. 0,08 %, wo er bis zum Jahresende verharrte. Die Zinsen im langfristigen Bereich gingen fast kontinuierlich seit Beginn des Jahres von knapp 2,0 % auf etwa 0,5 % zurück.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2014

2.1. Basel III

Zum 1.1.2014 sind die Regelungen von Basel III in Kraft getreten. Damit wurden die Anforderungen an die Höhe und die Qualität des vorzuhaltenden Eigenkapitals verschärft und ein zusätzlicher Kapitalpuffer gefordert. Außerdem werden neue Kennziffern und Meldungen eingeführt. Bei den Liquiditätsregeln erfolgt eine zusätzliche Einbeziehung von Stress-Szenarien. Für die Einhaltung der Kennziffern sind allerdings mehrjährige Übergangsregelungen geplant. Außerdem sind noch weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen und Durchführungsregelungen angekündigt.

2.2. Bankenabwicklungsrichtlinie, Verordnung über einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und Einlagensicherungsrichtlinie

Mit der *Bankenabwicklungsrichtlinie (BRRD)* und der *SRM-Verordnung (SRMR)* verwirklicht die Europäische Union die zweite Säule der Bankenunion neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus. Die BRRD setzt als Richtlinie den Rahmen für die nationalen Regelungen zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die SRMR baut auf der BRRD auf. Sie regelt u.a. die Zusammenführung der Abwicklungsfonds auf Ebene der teilnehmenden Mitgliedsstaaten (Eurozone und freiwillig teilnehmende weitere EU-Mitglieder).

Mit der *Einlagensicherungsrichtlinie (DGSD)* rundet die Europäische Union die Regelungen zur Bankenunion ab. Einleger werden demnach bei Insolvenz eines Kreditinstituts in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union künftig nach einheitlichen Maßstäben entschädigt. Auf dieser Grundlage ist in der Sparkassenorganisation über die Reform des derzeitigen Haftungsverbunds zu entscheiden.

2.3. EMIR (Europäische Derivateverordnung)

Die Europäische Union hat den politischen Auftrag der G20, Finanzderivate stärker als bisher zu regulieren, mit der *Verordnung über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister - EMIR (European Market Infrastructure Regulation)* umgesetzt. Diese Verordnung verpflichtet die Institute und deren Unternehmenskunden seit dem 12. Februar 2014, den Abschluss, die Änderung sowie die außerordentliche Beendigung aller Derivategeschäfte an ein registriertes Transaktionsregister zu melden.

Ab dem 11. August 2014, also 180 Tage nach dem Start der Meldepflicht, sind erweiterte Meldepflichten wirksam geworden, die jedoch nur finanzielle Gegenparteien und nichtfinanzielle Gegenparteien oberhalb der Clearingschwelle betreffen. Die Anforderungen gelten somit in der Regel nicht für Meldungen, die Sparkassen im Auftrag der Unternehmenskunden abgeben, sondern für ihre eigenen Geschäfte. Der zu übermittelnde Datensatz ist um Informationen zur täglichen Bewertung und um Angaben über gestellte Sicherheiten zu erweitern.

2.4. Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA)

Im Rahmen des FATCA-USA Abkommens werden Daten von Kunden erhoben, die ggf. in den USA steuerpflichtig sind. Diese Daten werden über das Bundeszentralamt für Steuern an die amerikanischen Steuerbehörden weitergeleitet. Die Sparkassen müssen sich dort registrieren und einen für das Verfahren verantwortlichen *Responsible Officer* benennen. Ab dem 1. Juli 2014 sind die FATCA-Vorgaben bei Kontoeröffnungen zu beachten. Auswirkungen ergeben sich insbesondere bei Depotkonten (verpflichtende Einholung einer Selbstauskunft) und bei der Kontoeröffnung für *Rechtsträger*.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Im Berichtsjahr ist die Bilanzsumme der Sparkasse Gütersloh von EUR 1.795,5 Mio per 31.12.2013 um 3,6 % auf EUR 1.859,6 Mio per 31.12.2014 gestiegen. Das liegt vor allem an einer deutlichen Zunahme der Kundeneinlagen mit kurzfristiger Verfügungsmöglichkeit. Auch im Kundenkreditgeschäft waren Zuwächse zu verzeichnen. Die Durchschnittsbilanzsumme ging um 1,0 % auf EUR 1.856,0 Mio zurück. Damit haben wir unser Ziel, die Durchschnittsbilanzsumme durch eine Rückführung des Interbankgeschäfts auf EUR 1.866,0 Mio zu reduzieren, sogar übertroffen.

Die Summe aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten ergibt das Geschäftsvolumen. Es stieg im Berichtsjahr um 3,6 % auf nunmehr EUR 1.913,6 Mio, wobei sich der Avalbestand um 5,7 % auf EUR 54,0 Mio erhöhte.

3.2. Kreditgeschäft

Die Summe aus Kundenforderungen, Treuhandkrediten und Avalen ergibt das Kreditvolumen. Im Verlauf des Berichtsjahres ist es von EUR 1.338,4 Mio per 31.12.2013 auf EUR 1.364,1 Mio per 31.12.2014 gestiegen. Die zu Beginn des Jahres 2014 erwartete Wachstumsrate von 1,0 % im Kreditgeschäft konnte mit dieser Steigerung um 1,9 % erfreulicherweise übertroffen werden. Ursächlich hierfür sind einerseits die Zuwächse im Firmenkundenkreditgeschäft von 1,6 %. Hier zeigt sich die anhaltende Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Andererseits stieg auch der Bestand an Wohnungsbaudarlehen um 3,8 %. Selbst die Forderungen an Privatkunden lagen mit 1,5 % Zuwachsrate auf Grund der anhaltenden Konsumbereitschaft noch über den Erwartungen für das Jahr 2014.

Der Anteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme ist im Laufe des Berichtsjahres um 1,3 Prozentpunkte auf 70,4 % zurückgegangen. Bezieht man sich auf die für den Betriebsvergleich maßgebliche Durchschnittsbilanzsumme, ergibt sich dagegen ein Zuwachs um 1,9 Prozentpunkte auf 70,6 %.

Das Volumen aller im Jahr 2014 ausgezahlte Kredite, das im Vorjahr noch bei EUR 247,6 Mio lag, ging auf EUR 230,8 Mio zurück, wobei Kredite für den Wohnungsbau etwas mehr als die Hälfte dieses Betrages ausmachten. Von dem Gesamtvolumen der Auszahlungen entfielen EUR 89,2 Mio auf Kredite an private Kunden und EUR 127,6 Mio auf Firmenkunden. Kommunalkredite wurden in Höhe von EUR 12,4 Mio valutiert. Offene Darlehenszusagen können einen Indikator für die zukünftige Bestandsentwicklung darstellen. Sie betrugen zum 31.12.2014 EUR 52,2 Mio. Dabei machten die offenen Zusagen für den Wohnungsbau einen Anteil von 64,0 % aus.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Um auch weiterhin die Chancen an den Wertpapiermärkten zu nutzen, führten wir die planmäßige Aufstockung unserer Anlagen in Publikumsfonds fort. Im Jahr 2014 haben wir sowohl die Anzahl der Fonds als auch das Volumen weiter erhöht. Somit stieg der Bilanzposten *Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere* von EUR 12,8 Mio per 31.12.2013 auf EUR 59,6 Mio zum 31.12.2014.

Der weitaus größere Anteil der Wertpapiereigenanlagen wird immer noch im Bilanzposten *Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere* ausgewiesen. Das Volumen reduzierte sich hier hauptsächlich in Folge der Umschichtung fälliger Papiere in Publikumsfonds von EUR 363,8 Mio per 31.12.2013 auf EUR 327,3 Mio. Insgesamt erhöhten sich somit die Wertpapiereigenanlagen im Berichtsjahr um EUR 10,3 Mio.

Auch im Berichtsjahr hat sich die Sparkasse wieder an einem neu aufgelegten Sparkassen-Kreditbasket beteiligt. Gleichzeitig wurde der Sparkassen-Kreditbasket VI in diesem Jahr fällig. Der Buchwert der strukturierten Wertpapiere erhöhte sich dadurch von EUR 12,4 Mio per 31.12.2013 auf EUR 13,4 Mio per 31.12.2014.

3.4. Beteiligungen / Anteilsbesitz

Mit EUR 30,0 Mio entfiel der größte Beteiligungsbetrag auf eine Beteiligung am SVWL. Insgesamt erhöhten sich die von der Sparkasse Gütersloh eingegangenen Beteiligungen von EUR 26,4 Mio per 31.12.2013 auf EUR 32,1 Mio per 31.12.2014. Die Zunahme der Beteiligungsbuchwerte gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Stammkapitalerhöhung des SVWL.

Eine weitere Veränderung gegenüber dem Vorjahr betrifft die Haftung für die zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises einer indirekten Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (LBBH). Diese wurde bisher in der Bilanz unter den Posten *Beteiligungen* und *Sonstige Verbindlichkeiten* in Höhe von jeweils EUR 4,0 Mio abgebildet. Im Hinblick auf die angepasste aufsichtsrechtliche Einstufung auf Grundlage der EU-VO Nr. 575/2013 (CRR) haben wir abweichend zum Vorjahr unseren Anteil an der Haftung als *Eventualverbindlichkeit* ausgewiesen und die *Beteiligung* entsprechend gekürzt.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für das Geschäftsjahr 2014 ein Wachstum bei den Geldanlagen von insgesamt 2,5 % erwartet. Dabei sollte sich diese Wachstumsrate auf 0,5 % bei den Einlagen und 7,0 % im Wertpapiergeschäft aufteilen. Mit einem tatsächlichen Wachstum von 2,6 % bzw. EUR 51,0 Mio wurde das Gesamtziel sogar leicht überschritten. Dieser Anstieg resultiert aber allein aus dem Wachstum der Einlagen um EUR 58,0 Mio. Der Bestand an Kundenwertpapieren ging dagegen um EUR 7,0 Mio zurück.

Im Jahresverlauf stiegen die *Verbindlichkeiten gegenüber Kunden* von EUR 1.328,1 Mio per 31.12.2013 um 4,4 % an und betrugen per 31.12.2014 EUR 1.386,1 Mio. Diese Zunahme erfolgte ausschließlich im kurzfristigen Bereich. Die höher verzinslichen Sichteinlagen, zu denen auch unser *Sparkassenbuch* und unser online geführtes *FairZins-Konto* gehören, stiegen um EUR 74,0 Mio. Auch bei den normal verzinsten Sichteinlagen gab es einen Anstieg im Berichtsjahr um EUR 26,3 Mio. Vor dem Hintergrund eines im Laufe des Jahres 2014 weiter gesunkenen Zinsniveaus war es nicht möglich, den Bestand an längerfristigen Einlagen zu halten. Eine langfristige Zinsbindung ist auf Grund des niedrigen Zinsniveaus für unsere Kunden zur Zeit nicht interessant. So ergab sich bei den Spareinlagen ein Rückgang um EUR 12,4 Mio und auch bei den Sparkassenbriefen war ein Minus von EUR 21,7 Mio zu verzeichnen. Die befristeten Einlagen reduzierten sich um EUR 9,2 Mio. Aufgeteilt auf die einzelnen Kundengruppen erhöhten sich die Einlagen von Privatkunden im Berichtsjahr um 1,0 %. Die Einlagen von Firmenkunden und öffentlichen Haushalten stiegen dagegen um 9,8 %.

Der Bestand der eigenen *Inhaberschuldverschreibungen (Verbriefte Verbindlichkeiten)* erhöhte sich von EUR 12,5 Mio auf EUR 13,5 Mio, da diese Inhaberschuldverschreibungen der Absicherung von Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft dienen. Sie wurden im Rahmen von Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen an Zweckgesellschaften verkauft.

3.6. Interbankengeschäft

Die *Forderungen an Kreditinstitute* weisen mit einem Stichtagsbestand von EUR 70,2 Mio per 31.12.2014 einen deutlich höheren Wert auf als zum 31.12.2013 mit EUR 46,5 Mio. Allerdings entfallen von dem Jahresendbestand der Forderungen an Kreditinstitute EUR 64,5 Mio auf Forderungen im Rahmen der Liquiditätsreserve gegenüber unserer Girozentrale, der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), Frankfurt am Main/Erfurt. Im Jahr 2014 wurde außerdem bei der LBS West, Münster, eine nachrangige Forderung begründet, die zum Jahresende mit EUR 4,1 Mio valuiert.

Im Laufe des Berichtsjahres sind die *Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten* von EUR 248,7 Mio auf EUR 253,9 Mio gestiegen. Dieser Zuwachs ergab sich im Wesentlichen bei den Weiterleitungsdarlehen, die zum 31.12.2014 ein Volumen von EUR 131,5 Mio erreichen. Bei den *Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten* handelt es sich hauptsächlich um langfristige aufgenommene Mittel zur Finanzierung unseres langfristigen Kreditgeschäfts.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das *Wertpapiergeschäft* wurde im Jahr 2014 maßgeblich von weiter sinkenden Zinsen geprägt. Bedingt durch Fälligkeiten bei festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von EUR 26,8 Mio und die Verkäufe eines Großanlegers in Höhe von EUR 20,1 Mio konnte das zum Jahresbeginn erwartete Ziel einer Zunahme des Depotbestandes von 7,0 % nicht erreicht werden. Der Nettoabsatz lag im Jahr 2014 bei EUR -30,6 Mio (2013: EUR -41,0 Mio), da viele Kunden im Berichtsjahr die Geldanlage in bilanzwirksamen Einlagen bevorzugten. Durch die gute Performance sank das Depotvolumen unserer Kunden aber nur um EUR 7,0 Mio auf EUR 591,0 Mio. Der Vertrieb von Investmentfonds machte den größten Anteil an den Absätzen im Wertpapiergeschäft aus.

Die Anzahl der neu vermittelten *Bausparverträge* ging mit 2.280 Stück zwar leicht zurück (2013: 2.347 Stück). Dagegen konnte das Bausparvolumen gegenüber dem Vorjahr (EUR 49,8 Mio) erneut gesteigert werden und lag mit EUR 52,2 Mio erstmals über der Marke von EUR 50,0 Mio. Die durchschnittliche Vertragssumme erhöhte sich dementsprechend.

Die Anzahl und vor allem das Volumen der an unsere Kunden vermittelten *Lebensversicherungen* konnten wir im Berichtsjahr deutlich steigern. So erhöhte sich der Absatz in diesem Segment auf 992 Verträge (Vorjahr: 863 Verträge) bei einem vermittelten Vertragsvolumen von EUR 24,0 Mio gegenüber EUR 18,9 Mio im Jahr 2013. Grund hierfür war vor allem eine geänderte Produktstruktur und die Investition in Einmalanlagen. Das *Kompositgeschäft* (einschließlich Krankenversicherungen) erreichte mit 1.955 neu geschlossenen Verträgen dagegen nicht ganz den Vorjahreswert von 2.167 Stück.

Die Entwicklung im Dienstleistungsgeschäft verlief im Berichtsjahr durchaus erfreulich. Insbesondere im Lebensversicherungs- und im Bauspargeschäft wurden unsere Erwartungen übertroffen. Entgegen unserer Prognosen zum Jahresbeginn stiegen im Berichtsjahr auch die aus dem Dienstleistungsgeschäft resultierenden Provisionserträge insgesamt. Dabei ergab sich allerdings im Außenhandelsgeschäft wie erwartet ein deutlicher Rückgang der Provisionseinnahmen durch die Regelungen zur SEPA-Migrationsverordnung.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2014 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes in der Filiale Avenwedde Bahnhof vorgenommen. Darüber hinaus wurde der Umbau der Hauptstelle mit einem geplanten Investitionsvolumen von EUR 10,4 Mio bis zum Jahr 2018 begonnen. Die Fertigstellung des 1. Bauabschnitts ist für das Jahr 2015 geplant. Ein Teil der neu zu schaffenden Fläche soll zukünftig langfristig vermietet werden.

3.9. Personalbericht

Am 31.12.2014 beschäftigte die Sparkasse 395 Mitarbeiter (31.12.2013: 395), davon 112 Teilzeitkräfte und 44 Auszubildende. Auf Vollzeitkräfte umgerechnet ergab sich zum Ende des Berichtsjahres mit 351 Mitarbeitern (31.12.2013: 349) ein leicht gestiegener Personalbestand gegenüber dem Vorjahresende. Leider gab es auch den Todesfall einer Beschäftigten zu beklagen.

Die Sparkasse war erneut ein sehr attraktiver Arbeitgeber und Ausbilder vor Ort. Neben der erhöhten Bereitstellung von Ausbildungsplätzen stellten wir im Jahr 2014 35 Praktikumsplätze zur Verfügung, die für eine enge Kooperation der weiterführenden Schulen mit der Sparkasse stehen.

Um unseren Kunden weiterhin ein attraktives und umfassendes Dienstleistungsangebot unterbreiten zu können und um eine hervorragende Beratungsqualität zu gewährleisten, nahm auch im vergangenen Jahr die gezielte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert ein. Die Mitarbeiter bildeten sich im Jahr 2014 an rund 1.320 internen und externen Seminartagen fort.

Zwei Mitarbeiter absolvierten im Berichtsjahr erfolgreich die Fortbildungen zum Master of Business Administration (MBA) oder Bachelor of Arts, acht Mitarbeiter zum Betriebswirt- oder Fachwirtstudium. Weitere elf Mitarbeiter qualifizierten sich durch teilweise mehrwöchige Lehrgänge erfolgreich zu Fachberatern von Individualkunden, als Spezialisten der Marktfolge und im Stab oder im Bereich Führung.

Das Ziel, den Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2014 konsequent weiter verfolgt. Der Schwerpunkt 2014 lag im Rahmen der Gesundheitsförderung auf einem Gesundheitstag am 27.08.2014, der großen Anklang bei der Mitarbeiterschaft gefunden hat. In Zusammenarbeit mit dem Personalrat der Sparkasse Gütersloh wurden Dienstvereinbarungen zur Unterstützung der Kollegen auch in persönlich schwierigen Lebenssituationen erarbeitet.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2013. Insgesamt weist die Sparkasse unter Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2014 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von EUR 104,7 Mio (Vorjahreswert: EUR 103,0 Mio) aus.

Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine Dotation von EUR 3,5 Mio auf EUR 69,1 Mio erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der *Ersten Abwicklungsanstalt* von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) überschreitet am 31.12.2014 mit 16,32 % deutlich den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,00 % gemäß CRR. Auch der im Rahmen unserer Geschäftsstrategie als Mindestgröße festgelegte Zielwert von 12,00 % wird übertroffen. Die Sparkasse verfügt damit über eine angemessene Kapitalbasis für ein weiteres Geschäftswachstum.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten und lag während des gesamten Jahres über dem gesetzlich geforderten Mindestwert von 1,0. Auch der in der internen Risikostrategie festgelegte Mindestwert von 1,5 wurde durchgängig überschritten. Zum 31.12.2014 lag die Liquiditätskennzahl bei 3,51 (31.12.2013: 3,00). Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden bei der Deutschen Bundesbank Guthaben in erforderlicher Höhe geführt.

Die eingeräumten Kredit- und Dispositionslinien der Helaba wurden einmal, die Linien der Deutschen Bundesbank überhaupt nicht in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten. Auf das Angebot der Deutschen Bundesbank zur Refinanzierung in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurde nicht zurückgegriffen.

4.3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung des Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Auf dieser Berechnungsgrundlage ist der *Zinsüberschuss*, der als unsere wichtigste Einnahmequelle gilt, im Jahr 2014 um 0,13 Prozentpunkte auf 2,27 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) gestiegen. Damit konnten wir auch das Unternehmensziel für 2014 mit einem geplanten Wert von 2,20 % der DBS deutlich überschreiten. Mit einem *Betriebsergebnis vor Bewertung* in Höhe von 1,22 % der DBS wurde auch hier der Planwert für das Jahr 2014 in Höhe von 1,11 % übertroffen. Damit liegen wir deutlich über dem Durchschnittwert der Sparkassen im SVWL. Zur Unternehmenssteuerung auf Basis der Betriebsvergleichswerte verwenden wir als Zielgrößen das *Ergebnis vor Steuern in % der DBS (ohne Veränderung der Reserven nach § 340f und § 340g HGB)* und die *Cost-Income-Ratio (CIR, Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen)*. Im Jahr 2014 ergab sich hier folgende Entwicklung: Das *Ergebnis vor Steuern* betrug 0,91 % und lag somit deutlich unter dem Vorjahreswert von 1,17 % der DBS. Die *Cost-Income-Ratio* ging von 60,3 % auf 59,1 % zurück. Mit dieser Verbesserung lagen wir nicht nur unter dem von uns prognostizierten Wert von 61,3 %, sondern konnten auch hier unser Ziel für 2014, zu den 25 besten Sparkassen im Verbandsgebiet des SVWL zu zählen, erreichen. Die *Kapitalrendite*, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2014 0,11 %.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

Zur besseren Lesbarkeit wurden Ertragspositionen in den Spalten 2014 und 2013 generell positiv und Aufwandspositionen mit negativem Vorzeichen dargestellt. Außerdem werden in der Spalte **Veränderung bei den Aufwendungen** die Rückgänge mit einem positiven Wert und eine Erhöhung des Aufwands gegenüber dem Vorjahr mit negativem Vorzeichen dargestellt.

	2014	2013	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	40.632	38.489	2.143	5,6
Provisionsüberschuss	12.935	12.462	473	3,8
Nettoergebnis des Handelsbestandes	0	0	0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	1.785	878	907	103,3
Summe der Erträge	55.352	51.829	3.523	6,8
Personalaufwand	-22.790	-21.863	-927	-4,2
andere Verwaltungsaufwendungen	-9.419	-9.315	-104	-1,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.244	-2.795	-1.449	-51,8
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	18.899	17.856	1.043	5,8
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-6.800	-964	-5.836	-605,4
Zuführung zum bzw. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-3.544	-7.927	4.383	55,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0,0
Ergebnis vor Steuern	8.555	8.965	-410	-4,6
Steueraufwand	-6.565	-6.995	430	6,1
Jahresüberschuss	1.990	1.970	20	1,0

Zinsüberschuss

GuV-Posten Nr. 1 bis 4

Provisionsüberschuss

GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge

GuV-Posten Nr. 8 und 9

Sonstige betriebliche Aufwendungen

GuV-Posten Nr. 11, 12 und 17

Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge

GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Steueraufwand

GuV-Posten Nr. 23 und 24

Im Berichtsjahr stieg der *Zinsüberschuss* um 5,6 % auf EUR 40,6 Mio. Dabei ist vor dem Hintergrund eines weiterhin rückläufigen Zinsniveaus der Zinsaufwand mit EUR 5,7 Mio stärker zurückgegangen als die Zinserträge. Im Rahmen der Steuerung unseres Zinsänderungsrisikos haben wir vorzeitig Swap-Geschäfte aufgelöst. Die in diesem Zusammenhang im Zinsaufwand angefallenen Vorfälligkeitsentschädigungen führen in den Folgejahren zu einer Reduzierung des Zinsaufwands. Ohne diesen Sondereffekt wäre der Zinsüberschuss entsprechend höher ausgefallen.

Bei den Planungen für das Jahr 2014 sind wir von einem Rückgang des *Provisionsüberschusses* um EUR 0,4 Mio ausgegangen. Erfreulicherweise ist der Provisionsüberschuss aber von EUR 12,5 Mio im Jahr 2013 auf EUR 12,9 Mio im Berichtsjahr gestiegen. An den Provisionseinnahmen hatten entgegen unseren Erwartungen die wachsenden Vermittlungsprovisionen für Versicherungen einen deutlichen Anteil. Die erwartete Steigerung der Provisionseinnahmen im Wertpapiergeschäft ist dagegen nicht eingetreten.

Im Jahr 2014 stiegen die *Personalaufwendungen* um 4,2 % auf EUR 22,8 Mio. Damit hat sich unsere Prognose für das Jahr 2014 mit Kostensteigerungen im Personalbereich von EUR 0,9 Mio bestätigt. Der größte Anteil an dieser Kostensteigerung resultiert aus der Tarifierhöhung 2014. Ein weiterer Teil entfällt auf die Aufwendungen für Altersversorgung im Rahmen des Personalwechsels im Vorstand. Die *anderen Verwaltungsaufwendungen*, bei denen wir eigentlich einen leichten Rückgang erwartet hatten, sind dagegen um 1,1 % auf EUR 9,4 Mio gestiegen. Hierbei handelt es sich aber um übliche Kostensteigerungen. Der Anstieg der *sonstigen betrieblichen Aufwendungen* um EUR 1,4 Mio im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf die Absicherung von Risiken aus Prozessen und auf Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Widerrufsbelehrungen bei Darlehensverträgen zurückzuführen.

Der Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge betrug im Jahr 2014 EUR 6,8 Mio. Darin enthalten ist eine Abschreibung auf unsere Beteiligung am SVWL in Höhe von EUR 2,4 Mio. Damit wurde das Planungsziel für 2014 von EUR 5,1 Mio, bei dem wir diese Abschreibung nicht berücksichtigt hatten, übertroffen.

Der Jahresüberschuss des Jahres 2014 ist mit EUR 2,0 Mio ebenso hoch ausgefallen wie im Vorjahr.

Vor dem Hintergrund der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts und des intensiven Wettbewerbs ist die Sparkasse Gütersloh mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2014 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung und die Lage positiv beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostrategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko, wurden die separaten Teilrisikostrategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wurde im Jahr 2013 das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

Die Vorgaben von Basel III (u. a. Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und die Liquiditätssteuerung, das Meldewesen etc.) wurden zum 01.01.2014 umgesetzt.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff *Risiko* wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse hat die Risikocontrolling-Funktion dem Geschäftsbereichsleiter Unternehmenssteuerung übertragen. Dieser hat aufgrund der geringen Komplexität sowie des geringen Umfangs und Risikogehalts der Geschäftsaktivitäten einzelne Teilaufgaben anderen Mitarbeitern des Geschäftsbereichs Unternehmenssteuerung zugewiesen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt. Sie hat in der Sparkasse insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken
- Durchführung der Risikoinventur und Erstellung des Gesamtrisikoprofils
- Unterstützung des Vorstandes bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse
- Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens
- Laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits
- Regelmäßige Erstellung der Risikoberichte für die Geschäftsleitung
- Überwachung und Weiterentwicklung der Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, an das Risikocontrolling, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls die Interne Revision

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten.

Wechselt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion, wird der Verwaltungsrat informiert.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur gemäß Risikohandbuch) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt als Risiko die innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintretende maximale Vermögensminderung.

Für die wertorientierte Ermittlung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken wird als Risikomaß der Value-at-Risk (VaR) verwendet, wobei ein Planungshorizont von 250 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,0 % zu Grunde gelegt werden. Die Ermittlung der weiteren Risiken erfolgt zum Teil auf Basis von Schätzungen.

Die Ermittlung der Risiken in der periodischen Sichtweise erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr (bis Jahresende). Als Risiko wird in dieser Sichtweise eine negative Abweichung von den erwarteten Planwerten verstanden.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und wertorientierten Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt.

Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über welche die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Dadurch soll die Wirkung von unwahrscheinlichen, aber plausibel möglichen Ereignissen auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse analysiert, transparent und steuerbar gemacht werden. Dabei werden die im Rahmen der Risikoanalyse ermittelten Stressszenarien berücksichtigt. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet.

Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfänglich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral von der Risikocontrolling-Funktion überprüft. Zu den Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Die Risikocontrolling-Funktion ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken grundsätzlich sofern möglich limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie, der Marktpreisrisikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben. Darüber hinaus erfolgt zur weiteren Information eine wertorientierte Risikotragfähigkeitsrechnung.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Firmenkunden- und Kommunalkreditgeschäft sowie das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte	
	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 Mio. EUR
Firmenkundenkredite	609,0	606,6
Privatkundenkredite	600,0	591,4
Weiterleitungsdarlehen	133,2	126,1
Schuldscheindarlehen ^{1) 2)}	22,6	17,7
<i>darunter für den Wohnungsbau</i>	<i>(772,7)</i>	<i>(744,4)</i>
Kommunalkredite ¹⁾ und kommunalverbürgte Kredite	71,7	65,6
Insgesamt	1.436,5	1.407,4

¹⁾ In den Buchwerten sind EUR 6,5 Mio (per 31.12.2014) bzw. EUR 4,0 Mio (per 31.12.2013) kommunale Schuldscheindarlehen enthalten, die zur Vermeidung einer Doppelanrechnung nur unter dem Posten *Schuldscheindarlehen* ausgewiesen werden.

²⁾ Die Schuldscheindarlehen ordnen wir dem Kreditgeschäft zu.

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2014 nicht überschritten.

Die folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf *geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen* und *vertragliche Restlaufzeiten*. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	Mio. EUR
Gesamtbetrag der Forderungen	1.804,2
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	1.789,7
EWL ohne Deutschland	8,6
Sonstige	5,9
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen	
Investmentfonds	2,9
Privatpersonen	853,5
Öffentliche Haushalte *)	74,0
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	864,4
davon:	
Land- und Forstwirtschaft und Aquakultur	12,6
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	51,6
Verarbeitendes Gewerbe	137,4
Baugewerbe	70,1
Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	126,9
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	14,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	34,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	212,6
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	204,4
Organisationen ohne Erwerbszweck	9,3
Sonstige	0,1
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	473,9
1 Jahr - 5 Jahre	175,0
> 5 Jahre bis unbefristet	1.155,3

*) Hierbei handelt es sich um *öffentliche Haushalte* im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die *Kommunalkredite* (laut Tabelle *Kreditgeschäft der Sparkasse*). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle *Kreditgeschäft der Sparkasse* sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts. 13,5 % des Gesamtkreditvolumens auf Basis des Wirtschaftsverbundes (ohne Banken und öffentliche Haushalte) entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als EUR 5,0 Mio.

Die Kreditrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	92,9	89,6
10 bis 15	6,0	7,1
16 bis 18	1,1	3,3

Die Auswertung erfolgt auf Kundenbasis. Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden mit 11,8 % die Ausleihungen im Bereich *Grundstücks- und Wohnungswesen* sowie an *Dienstleistungsunternehmen* mit 11,3 %. Darüber hinaus entfallen 7,6 % auf das *verarbeitende Gewerbe*. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar.

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäftes sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen betrug am 31.12.2014 nur 0,8 % des Gesamtbetrags der Forderungen.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGV validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen *erwarteten Verlust* und einen *unerwarteten Verlust* unterteilt. Der *erwartete Verlust* als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der *unerwartete Verlust* (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99,0 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden an Objekten im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an und haben spezielle Überwachungsinstrumente implementiert, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und somit strategiekonform.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft war positiv.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir das *OSPlus-Frühwarnsystem* ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2014 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Die sonstigen Veränderungen in der nachfolgenden Tabelle resultieren aus Verzinsungseffekten.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2014	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	sonstige Veränderungen	Endbestand per 31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	26.415	5.217	6.115	819	0	24.698
pEWB *)	0	274	0	0	0	274
Rückstellungen	2.636	845	941	23	39	2.556
PWB	1.480	0	198		0	1.282
Insgesamt	30.531	6.336	7.254	842	39	28.810

*) pauschalierte Einzelwertberichtigung

Nach Art. 178 Abs. 1 CRR liegt ein Ausfall eines Schuldners vor, wenn er mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverbindlichkeiten gegenüber der Sparkasse an mehr als 90 aufeinanderfolgenden Kalendertagen überfällig ist oder die Sparkasse es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Schuldner seine Verbindlichkeiten in voller Höhe begleichen wird, ohne dass die Sparkasse auf Maßnahmen wie Verwertung von Sicherheiten zurückgreift.

Liegt ein Ausfall bei einem Engagement vor, wird nicht nur das einzelne Konto, bei dem der Ausfall aufgetreten ist, als Ausfall berücksichtigt, sondern sämtliche Forderungen gegenüber dem Kunden. Kredite, für die Risikovorsorgemaßnahmen (Einzelwertberichtigungen und Teilabschreibungen) getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden, werden als notleidend bezeichnet.

In der nachfolgenden Tabelle *Verteilung der Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten* wird die Verteilung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen gemäß Artikel 442 CRR aufgeführt. Dabei bedeuten negative Werte in den Spalten *Aufwendungen für EWB, pEWB, PWB und Rückstellungen* sowie *Direktabschreibungen abzgl. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen*, dass es sich um Aufwandspositionen handelt, wogegen Erträge durch positive Werte gekennzeichnet sind. Bei dem nicht aufgliederbaren Betrag in Höhe von TEUR 364 in der Spalte *Direktabschreibungen abzgl. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen* handelt es sich um die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen.

Verteilung der Gesamtanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten	Gesamttrag notleidender Forderungen	Bestand EWB	Bestand PWB und pEWB	Bestand Rückstellungen	Aufwendungen für EWB, pEWB, PWB und Rückstellungen	Direktabschreibungen abzgl. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Gesamttrag überfälliger Forderungen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamttrag	64.033	24.698	1.556	2.556	918	181	17.563
geografische Hauptgebiete							
Deutschland	63.505	24.379		2.556			17.516
EWB ohne Deutschland	272	82		0			45
Sonstige	256	237		0			2
nicht aufgliederbare Beträge			1.556		918	181	
Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen							
Investmentfonds	554	527		0	0	0	0
Privatpersonen	5.589	2.286		84	629	-98	4.037
Öffentliche Haushalte *)	0	0		0	0	0	0
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	57.846	21.841		2.472	318	-82	12.498
davon:							
Verarbeitendes Gewerbe	17.836	7.087		1.028	-41	-1	1.515
Baugewerbe	6.799	3.019		1.056	855	0	1.185
Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5.922	2.188		80	719	-23	1.705
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	10	8		2	42	-8	375
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	734	462		268	469	-37	221
Grundstücks- und Wohnungswesen	20.754	6.153		38	-2.579	-1	2.777
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	5.791	2.924		0	853	-12	4.720
Organisationen ohne Erwerbszweck	44	44		0	0	-3	1.028
nicht aufgliederbare Beträge			1.556		-29	364	

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, diese zu steuern und zu bewerten sowie im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzusichern.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf, d. h. Bedarf an spezifischen Kreditrisikoanpassungen, besteht. Eine außerordentliche Überprüfung erfolgt, wenn der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen.

Die Angemessenheit der spezifischen Kreditrisikoanpassungen wird regelmäßig überprüft und fortgeschrieben. Eine Auflösung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen erfolgt bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, d. h. wenn die Kapitaldienstfähigkeit wieder erkennbar ist, oder wenn die Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten möglich ist.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer bonitätsbedingten Wertminderung. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio *Erste Abwicklungsanstalt (EAA)*, in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente:

Die verschiedenen Wertansätze der Beteiligungsinstrumente sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt, wobei die Sparkasse keine *börsengehandelten Positionen* und auch keine *nicht börsennotierte, aber zu einem hinreichend diversifizierten Beteiligungsportfolio gehörende Positionen* hält.

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Vergleich		
	Buchwert	beizulegender Zeitwert (fair value)	Börsenwert
	TEUR	TEUR	TEUR
strategische Beteiligungen			
- andere Beteiligungspositionen	2.122	2.122	---
Funktionsbeteiligungen			
- andere Beteiligungspositionen	29.994	29.994	---
Kapitalbeteiligungen			
- andere Beteiligungspositionen	180	180	---

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder dem Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Volumenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (EUR 327,3 Mio) sowie auf Investmentfonds (EUR 59,6 Mio). Zum Einsatz und Bestand der derivativen Finanzinstrumente wird auf die Erläuterungen im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen. Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf oder sind nicht geratet. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich ausschließlich um Anteile an Investmentfonds. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Wertpapiere	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	385.236
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	316.529
EWK ohne Deutschland	67.657
Sonstige	1.050
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen bzw. Schuldnergruppen	
Banken	201.237
Investmentfonds	57.124
Öffentliche Haushalte *)	103.107
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	23.768
davon:	
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	529
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	21.647
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	1.592
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	101.773
1 Jahr bis 5 Jahre	198.739
> 5 Jahre bis unbefristet	84.724

*) Öffentliche Haushalte im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank.

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten und Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von S&P zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von S&P verfügen, greifen definierte Regeln, um das Adressenausfallrisiko abzubilden.

Die von der Sparkasse direkt angelegten verzinslichen Wertpapiere verteilen sich zu 81,3 % auf die Ratingstufen AAA bis A-.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Handelsgeschäfte mit der eigenen Girozentrale, die zum Jahresende EUR 133,5 Mio betragen. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, die fast ausschließlich auf Gesellschaften der Sparkassenorganisation entfallen.

Ein Konzentrationsrisiko wird für das Adressenausfallrisiko nicht gesehen. Pro Emittent sind Limite für Volumen und Geschäftsarten festgelegt. Auch wenn die Anlageschwerpunkte bei Landesbanken und deren Inhaberschuldverschreibungen liegen, sieht die Sparkasse Gütersloh auf Grund der Limitierung und des Sparkassenverbundes hier kein Konzentrationsrisiko.

Zum Stichtag 31.12.2014 hatte die Sparkasse keine Staatsanleihen der PIIGS-Staaten im Bestand. Der Bestand an von Unternehmen und Kreditinstituten emittierten Anleihen aus den PIIGS-Staaten in den von der Sparkasse gehaltenen Investmentfonds ist von untergeordneter Bedeutung.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Insbesondere im Hinblick auf die guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorien	Buchwerte	
	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 Mio. EUR
Termingeldanlagen	0,0	15,0
Anleihen und Schuldverschreibungen	327,3	363,8
Sonstige Investmentfonds	59,6	12,8
Insgesamt	386,9	391,6

In der Marktpreisrisikostategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt. Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dabei wenden wir das Verfahren der Modernen Historischen Simulation an. Die angenommene Haltedauer liegt bei 63 Handelstagen und der Value-at-Risk wird mit einem Konfidenzniveau von 99,0 % ermittelt. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen und wertorientierten Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Im Rahmen der Zinsänderungsrisikosteuerung geht die Sparkasse derivative Adressenausfallrisikopositionen in Form von Swapgeschäften ein. Durch die 1 : 1 Absicherung von Währungsrisiken aus Devisentermingeschäften unserer Kunden entstehen weitere Adressenausfallrisikopositionen. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuches bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuches. Die Limithöhe richtet sich neben dem Rating nach weiteren, bonitäts-charakterisierenden Merkmalen. Bei der Limitanrechnung orientiert sich die Sparkasse an den Regelungen der CRR. Geschäfte in derivativen Finanzinstrumenten werden bisher nur außerbörslich abgeschlossen. Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die allgemeinen Grundsätze des HGB.

Die derivativen Instrumente werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für derivative Finanzinstrumente des Anlagebuches nach Artikel 273 CRR erfolgt nach der Ursprungsrisikomethode gemäß Artikel 275 CRR. Der Risikopositionswert für eine derivative Adressenausfallrisikoposition ergibt sich durch Multiplikation des Nominalwertes mit einem von der CRR vorgegebenen (laufzeitabhängigen) Prozentsatz. Die Summe der Kreditäquivalenzbeträge der derivativen Instrumente in Höhe von EUR 6,8 Mio entfällt ausschließlich auf das geografische Hauptgebiet *Deutschland* und im Wesentlichen auf die Branche *Banken* und auf Restlaufzeiten von *über 5 Jahren*.

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

Die mittels der Ursprungsrisikomethode für das Kontrahentenausfallrisiko ermittelten Kreditäquivalenzbeträge machen zum Berichtsstichtag EUR 1,4 Mio aus. Hiervon entfällt der überwiegende Teil auf zinsbezogene Derivate aus dem Eigengeschäft, die ausschließlich mit als zentrale Gegenparteien fungierenden Instituten des S-Finanzverbundes abgeschlossen wurden. Dabei finden Risikominderungstechniken keine Anwendung. Es wurden weder Sicherheiten-Margins bei Abschluss der Geschäfte noch Nachschussverpflichtungen während der Laufzeit mit den jeweiligen Kontrahenten vereinbart. Devisentermingeschäfte sind im Verhältnis zur Gesamtrisikoaktiva von untergeordneter Bedeutung.

Die Sparkasse berücksichtigt im Rahmen der Eigenkapitalunterlegung keine Korrelationen von Markt- und Kontrahentenrisiken. Bei derivativen Geschäften wurden im Jahr 2014 keine Vereinbarungen getroffen, die die Sparkasse gegenüber ihren Kontrahenten zur Leistung von Sicherheiten bzw. zum Nachschuss von Sicherheiten im Falle einer eigenen Bonitätsverschlechterung verpflichten.

Zur Kreditrisikosteuerung nahm die Sparkasse im Jahr 2014 erneut an einer Sparkassen-Kreditbasket-Transaktion teil. Mit Hilfe der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktion erfolgte im Jahr 2014 die Absicherung von Einzelkreditrisiken in Höhe von EUR 2,5 Mio. Im Rahmen der Transaktion wurden Anteile ausgewählter Risikopositionen aus dem Sparkassenportfolio (Verkauf einer Originatoren-CLN mit implizitem CDS) gegen einen Anteil an einem *diversifizierten Kreditportfolio* (Kauf einer Investoren-CLN mit eingebettetem CDS) getauscht. Es handelt sich dabei nicht um ein True-Sale-Geschäft.

Für die Teilnahme an den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen bestehen strenge Vorgaben. Dabei dürfen unter anderem nur Anteile an Kreditforderungen mit einer guten Bonität in den Basket eingebracht werden. Die Überprüfung, ob die Vorgaben eingehalten wurden, erfolgt durch die Prüfungsstelle des SVWL.

Der Nominalwert der Absicherung aus den Teilnahmen an den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen beläuft sich zum 31.12.2014 auf insgesamt EUR 13,5 Mio (weiterführende Informationen sind im Anhang zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung unter *Sonstige Angaben* dargestellt).

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatemärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse erfüllt alle bislang aus EMIR resultierenden Anforderungen. Darüber hinaus wurden Anpassungen des Prozess- und Anweisungswesens vorgenommen, die die Umsetzung weiterer Anforderungen aus EMIR sicherstellen.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien werden in einem überschaubaren Umfang zurzeit ausschließlich in Publikumsfonds gehalten. Das für die Risiken der Publikumsfonds erforderliche Risikokapital wird vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit festgelegt und überwacht.

5.3.5. Währungsrisiken

Fast alle Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden währungs- und laufzeitkongruent bei der Helaba angelegt bzw. refinanziert. Durch diese Vorgehensweise entstehen für die Sparkasse nur geringe Spitzenbeträge als offene Devisenposition.

Darüber hinaus befinden sich in den Wertpapier-Publikumsfonds in Fremdwährungen notierte Wertpapiere. Diese sind im Verhältnis zum gesamten Volumen des Wertpapierbestands von untergeordneter Bedeutung.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert. Die *Messung* des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf perioden- als auch auf wertorientierter Basis. Die *Steuerung* des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf wertorientierter Basis, wobei die periodische Sichtweise als strenge Nebenbedingung zu beachten ist. Der Steuerungsansatz wird eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 250 Tage) und der zu erwartenden Performance gegenübergestellt. Die Berechnungen des Value-at-Risk und der erwarteten Performance beruhen auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum vom 1988 bis 2013. Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 250 Tage (Haltedauer) von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen.

Der ermittelte Risikowert wird im Rahmen einer vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko der Sparkasse addiert.

Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsüberschussrisikos durchgeführt. Das Zinsüberschussrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen berücksichtigt.

Die vermögenswertorientierten und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientieren wir uns an einer als effizient eingeschätzten Benchmark. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir jeweils zum Quartalsende die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. -200 Basispunkte errechnet und im Rahmen der Meldebestimmungen gemäß FinaRisikoV an die Deutsche Bundesbank gemeldet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug am 30.06.2014 20,41 % und lag damit erstmals oberhalb der Schwelle von 20 %. Per 31.12.2014 haben wir eine Barwertminderung von 21,38 % gemeldet. Das Prüfkriterium der BaFin wurde eingehalten. Vor dem Hintergrund der guten Kapitalausstattung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit sowie der entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2014 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch der Sparkasse umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität und zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht/-planung gegenübergestellt, die mit weiteren Plandaten ergänzt wird. Zusätzlich wird monatlich eine Fälligkeitsliste für alle Eigengeschäfte erstellt. Neben der Liquiditätsplanung erfolgt arbeitstäglich eine Disposition der Zahlungsein- und -ausgänge.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 2,45 und 3,68. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Voraussichtlich ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % weit übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase. Erste Testrechnungen zeigen jedoch, dass die Sparkasse auch diese Quote bereits heute erfüllt.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätskostenverrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse hat im Jahr 2014 ein *einfaches Kostenverrechnungssystem* (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in der Risikostrategie festgelegt. Über entsprechende Limite wird die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt, dabei werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Artikel 315 und 316 CRR und beläuft sich zum Berichtsstichtag auf EUR 95,1 Mio.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird jährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden. Neben der Schadensfalldatenbank wird eine Risikolandkarte als Methode zur Identifizierung von Schwachstellen unter Risikogesichtspunkten sowie eventuellen Schnittstellenrisiken eingesetzt. Diese dient der Einschätzung von potenziellen Schadensfällen.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von EUR 2,0 Mio wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomeßzahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist entsprechend ihrer Unternehmenszielsetzung der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist sowohl in der handelsrechtlichen als auch der wertorientierten Betrachtung gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2014 eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 16,32 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung ist in der ersten Hälfte des Jahres 2014 hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Die Euro-Zone hatte daran einen erheblichen Anteil, da die für das Frühjahr erwartete Erholung ausblieb. Hingegen ist der Aufschwung in den übrigen großen Industrieländern weitgehend intakt. In den Schwellenländern hat sich die Konjunkturabschwächung im ersten Halbjahr fortgesetzt. Aufgrund der länderspezifischen Faktoren, insbesondere der Krise in Osteuropa, ist der Wachstumsrückgang in einzelnen Schwellenländern kräftiger als erwartet ausgefallen.

Innerhalb der großen Industrieländer zeichnet sich eine Zweiteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Mehrere große Volkswirtschaften, allen voran die USA und Großbritannien, sind im Aufschwung. Hier wird die Konjunktur überwiegend von der inländischen Nachfrage gestützt und ist inzwischen selbsttragend. In China ist das Wachstum nach Jahren mit exportgetriebenen Spitzenwerten gesunken, hat aber immer noch ein vergleichsweise hohes Niveau. Deutlich zurückhaltender zeigt sich die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum. Der Entschuldungsprozess des privaten Sektors, insbesondere der privaten Haushalte, ist hier kaum vorangekommen. Auch die Verbindlichkeiten des Finanzsektors wurden im Vergleich zu den übrigen Industrieländern nur unzureichend zurückgeführt. All dies dämpft die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der Währungsunion.

Die deutsche Realwirtschaft ist im Jahr 2014 um 1,6 % gewachsen, vor allem aufgrund eines starken privaten Konsums. Aber auch Investitionen, Exporte und der öffentliche Konsum trugen zum Wachstum bei. Aktuell deuten die Frühindikatoren auf eine bessere Konjunktur hin. Andererseits nehmen die Unwägbarkeiten wieder zu. Dazu gehören erneut verschärfte Auseinandersetzungen in der Ukraine, die unverändert kritische Situation in Nahost und die weiterhin schwierige Situation einiger EU-Länder, insbesondere Griechenlands.

Der Ölpreis ist Ende 2014 / Anfang 2015 rasant gefallen. Das wirkt sich günstig auf die Erzeugerpreise aus. Der Leitindex DAX klettert parallel auf immer neue Rekordstände, weil die Liquidität infolge der außerordentlich expansiven Geldpolitik – nun noch verstärkt durch die Anleihekäufe seitens der EZB – kaum in Investitionen fließt, sondern in Aktien, die zurzeit eine höhere Rendite als andere Anlagen versprechen.

Die aktuelle Geschäftslage in der ostwestfälischen Wirtschaft ist weiterhin gut. Risiken wie z.B. die internationalen Konflikte in der Ukraine oder im Nahen Osten dämpfen aber die Erwartungen einiger Branchen für die kommenden zwölf Monate. So ist der Konjunkturklimaindex der *Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld (IHK)*, der die Einschätzungen der momentanen Lage und die Zukunftserwartungen gleichermaßen berücksichtigt, für die gesamte ostwestfälische Wirtschaft von 127 Punkten im Frühjahr 2014 auf 116 Punkte im Frühjahr 2015 gesunken. Der Wert liegt aber immer noch deutlich im positiven Bereich über der 100er Linie. An der Frühjahrs-Konjunkturumfrage 2015 der IHK beteiligten sich 1.753 Unternehmen mit 151.833 Beschäftigten aus den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistung aus ganz Ostwestfalen.

Aus diesen Rahmenbedingungen heraus erwartet die Sparkasse Gütersloh im Kreditgeschäft für das Jahr 2015 ein leichtes Wachstum des Kreditvolumens in Höhe von 1,0 %. Dabei hängt die Nachfrage nach Krediten stark von der konjunkturellen Entwicklung ab.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. In Anbetracht dieses Umfeldes wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung, sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und wenn möglich hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir somit für das Jahr 2015 ein Wachstum bei der Vermögensbildung, die sich aus dem Einlagen- und Wertpapiergeschäft zusammensetzt, in Höhe von 0,6 %. Das entspricht einem Wachstum im Wertpapiergeschäft in Höhe von 2,1 %. Bei den Einlagen geht die Sparkasse Gütersloh von einem konstanten Bestand aus.

Durch diese Veränderungen wird sich die durchschnittliche Bilanzsumme leicht auf EUR 1.881,0 Mio erhöhen.

Im Dienstleistungsgeschäft geht die Sparkasse von einem um ca. TEUR 200 geringeren Provisionsertrag aus. Dabei rechnet die Sparkasse bei den Wertpapierprovisionen mit einer Steigerung um rund TEUR 250. Die Provisionen aus Vermittlungen werden mit einem gegenüber dem Vorjahresergebnis um TEUR 400 geringeren Ertrag sehr vorsichtig vorhergesagt.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichtes werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen – neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren – hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Des weiteren kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Rückschläge im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nur unzureichend stabilisiert hat. Ein sehr großes Risiko besteht, wenn eine weitere Destabilisierung der weltweiten Krisenregionen eintritt.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichtes werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur. Hier könnte die Beruhigung der Ukraine-Krise, eine Entspannung bei der Suche nach Lösungen für den Abbau der griechischen Staatsschulden und eine Beruhigung der Lage in Nahost einen positiven Beitrag leisten.

Eine große Chance im Zinsbuch wäre eine Entwicklung hin zu einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltend geringen Zinsniveau des Geldmarktes. Dieses Szenario sehen wir zurzeit aber nicht.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2015 ist der Erwerb von Teileigentum an der Rhedaer Straße geplant. An diesem neuen Standort werden die bisherigen Geschäftsstellen Diekstraße und Herzebrocker Straße zusammengefasst. Das Investitionsvolumen beträgt hier rund EUR 1,7 Mio. Das ausstehende Investitionsvolumen für die bereits im Rohbau befindliche Erweiterung unserer Hauptstelle an der Eickhoffstraße 31 und 33 beträgt bis zum Jahr 2018 voraussichtlich EUR 8,5 Mio.

Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennzahl durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50 und somit auch über dem aufsichtsrechtlichen geforderten Mindestwert von 1,00 liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird wiederum durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weiterhin flache Zinsstrukturkurve, die sich im Vergleich zum Jahr 2014 nach unserer Erwartung nicht wesentlich verändern wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Bei unserer Planung haben wir keine Zinsanpassungen der Europäischen Zentralbank unterstellt.

Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe erwarten wir derzeit weiter rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft. Aus den vorgenannten Effekten resultiert der für das kommende Jahr per Saldo voraussichtlich um 0,07 Prozentpunkte geringere Zinsüberschuss in Höhe von 2,20 % der Durchschnittsbilanzsumme.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leichten Rückgang um 0,02 Prozentpunkte auf 0,68 % der DBS aus.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um 0,03 Prozentpunkte (ca. TEUR 850) steigen. Dabei wird der Personalaufwand u.a. aufgrund der bekannten Tarifierhöhungen um 0,04 Prozentpunkte auf 1,22 % der Durchschnittsbilanzsumme steigen.

Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt und der Sachaufwand leicht gesenkt werden. Insgesamt erwarten wir für 2015 einen um 0,02 Prozentpunkte geringeren Sachaufwand in Höhe von 0,57 % der DBS.

Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleiches planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2015 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 1,10 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft und im Wertpapiergeschäft ist nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Durch unser Kreditrisikocontrolling sowie unser Marktpreisrisikocontrolling sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu vermindern und neue Risiken zu vermeiden. Wir rechnen für beide Bereiche zusammen mit einem negativen Bewertungsergebnis von EUR 3,0 Mio. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die *Erste Abwicklungsanstalt* in den nächsten Jahren mit durchschnittlich EUR 1,2 Mio pro Jahr belastet.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

7.4. Gesamtbeurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse

Die zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird stark vom weiteren Verlauf der Euro-Krise und der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängen. Dabei spielt auch der Verschuldungsgrad vieler großer Industrienationen eine gewichtige Rolle.

Das globale Kapitalmarktumfeld ist weiterhin durch die expansiven Operationen der Notenbanken geprägt. In Europa wurde dies durch das umfangreiche Anleiherückkaufprogramm in Höhe von gut EUR 1,1 Billionen untermauert. Die amerikanische Notenbank (Fed) wird voraussichtlich ab Mitte des Jahres ihre Leitzinsen erhöhen.

Die geopolitischen Unsicherheiten, die sich in der Ukraine zurzeit zuspitzen, könnten sich negativ auf die Konjunktur auswirken.

Die Planung für das Geschäftsjahr 2015 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse Gütersloh nicht spurlos vorübergeht. Dennoch erwarten wir unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Geschäftsgebiet für das Geschäftsjahr 2015 wieder ein zufrieden stellendes Ergebnis. Das setzt allerdings voraus, dass im Jahr 2015 keine weiteren globalen Krisen auftreten.

Insgesamt ist es gemäß unserer Geschäftsstrategie Ziel, bei den betriebswirtschaftlichen Kennzahlen *Ergebnis vor Steuern (ohne Veränderung der Vorsorgereserven) in % der DBS und CIR* wieder unter den besten 25 Sparkassen im Verbandsgebiet des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe zu liegen. Aufgrund der Prognosewerte gehen wir für das Jahr 2015 von einer CIR in Höhe von 61,8 % aus.

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014



der
Land

**Sparkasse Gütersloh
Nordrhein-Westfalen**

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		13.060.272,54		12.391
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		32.693.204,62		33.272
			45.753.477,16	45.662
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		65.945.301,47		31.247
b) andere Forderungen		4.301.418,42		15.244
			70.246.719,89	46.491
4. Forderungen an Kunden			1.309.924.319,22	1.287.098
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	701.399.341,09 EUR			(699.469)
Kommunalkredite	76.139.075,29 EUR			(69.359)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	103.012.239,79			103.107
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	103.012.239,79 EUR			(103.107)
bb) von anderen Emittenten	224.336.538,81			260.733
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	209.894.394,69 EUR			(247.254)
		327.348.778,60		363.839
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00 EUR			(0)
			327.348.778,60	363.839
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			59.603.298,31	12.813
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			32.114.256,63	26.420
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	2.094.000,00 EUR			(2.094)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
9. Treuhandvermögen			169.411,40	211
darunter:				
Treuhandkredite	169.411,40 EUR			(211)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		80.035,00		87
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			80.035,00	87
12. Sachanlagen			12.584.379,77	11.231
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.562.837,58	1.154
14. Rechnungsabgrenzungsposten			249.829,79	449
15. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			0,00	39
Summe der Aktiva			1.859.637.343,35	1.795.494

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		6.786,35		7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>253.938.183,08</u>		<u>248.706</u>
			253.944.969,43	<u>248.714</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>113.549.519,05</u>			<u>117.832</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>13.462.699,37</u>			<u>21.574</u>
		127.012.218,42		<u>139.406</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>1.191.807.128,42</u>			<u>1.090.452</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>67.297.784,27</u>			<u>98.202</u>
		1.259.104.912,69		<u>1.188.653</u>
			1.386.117.131,11	<u>1.328.060</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>13.509.632,90</u>		<u>12.514</u>
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
			13.509.632,90	<u>12.514</u>
3a. Handelsbestand			<u>0,00</u>	<u>0</u>
4. Treuhandverbindlichkeiten			<u>169.411,40</u>	<u>211</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>169.411,40</u> EUR			<u>(211)</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			<u>1.613.258,52</u>	<u>5.921</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>611.801,08</u>	<u>925</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>9.431.970,00</u>		<u>8.947</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>1.598.071,00</u>		<u>4.145</u>
c) andere Rückstellungen		<u>8.545.317,54</u>		<u>7.198</u>
			19.575.358,54	<u>20.290</u>
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>0,00</u>	<u>0</u>
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			<u>10.248.290,41</u>	<u>10.248</u>
10. Genussrechtskapital			<u>0,00</u>	<u>0</u>
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>69.118.000,00</u>	<u>65.574</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		<u>0,00</u>		<u>0</u>
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>102.739.951,00</u>			<u>101.067</u>
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		102.739.951,00		<u>101.067</u>
d) Bilanzgewinn		<u>1.989.538,96</u>		<u>1.970</u>
			104.729.489,96	<u>103.037</u>
Summe der Passiva			<u>1.859.637.343,35</u>	<u>1.795.494</u>

1. Eventualverbindlichkeiten

- a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

0,00	0
<u>53.977.923,95</u>	<u>51.085</u>
<u>0,00</u>	<u>0</u>
	53.977.923,95
	<u>51.085</u>

2. Andere Verpflichtungen

- a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen

0,00	0
<u>0,00</u>	<u>0</u>
<u>65.113.910,55</u>	<u>66.191</u>
	65.113.910,55
	<u>66.191</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014				Sparkasse Gütersloh
	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2013 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	49.724.417,13			53.170
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.610.952,62			6.479
		55.335.369,75		59.649
2. Zinsaufwendungen		16.386.029,17		22.114
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	501.151,40 EUR		38.949.340,58	(565) 37.535
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		763.921,47		20
b) Beteiligungen		919.409,94		935
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			1.683.331,41	954
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		13.891.703,25		13.689
6. Provisionsaufwendungen		956.987,74		1.227
			12.934.715,51	12.462
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			1.784.546,51	878
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	145.775,35 EUR			(66)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			55.351.934,01	51.829
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	17.078.933,66			16.665
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.711.402,32			5.198
darunter: für Altersversorgung	2.577.504,13 EUR			(2.121)
		22.790.335,98		21.863
b) andere Verwaltungsaufwendungen		9.418.895,01		9.315
			32.209.230,99	31.178
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.539.630,03	1.631
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.704.273,84	1.164
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	50,86 EUR			(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		4.431.250,59		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		371
			4.431.250,59	371
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		2.368.807,81		1.335
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			2.368.807,81	1.335
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			3.544.000,00	7.927
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			8.554.740,75	8.965
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		6.502.459,21		6.932
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		62.742,58		63
			6.565.201,79	6.995
25. Jahresüberschuss			1.989.538,96	1.970
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			1.989.538,96	1.970
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			1.989.538,96	1.970

Anhang

VORBEMERKUNGEN

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Kreditgeschäft zugeordnet sind, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Namensschuldverschreibungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und gegebenenfalls auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Aus unserer Sicht waren die Märkte für einen Anteil von EUR 182,5 Mio (Nominalwerte) unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir ein Bewertungsmodell verwendet.

Der beizulegende Wert wurde auf der Grundlage eines Discounted Cashflow Verfahrens (DCF Modell) ermittelt. Die aus den verzinslichen Wertpapieren erwarteten Cashflows werden mit einem laufzeit- und risikoadäquaten Zinssatz auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Die durch das DCF Modell ermittelten Werte wichen nicht nennenswert von den in unserem System eingestellten indikativen Kursen ab. Daher haben wir für die Bewertung die indikativen Kurse der verzinslichen Wertpapiere herangezogen.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Aufgrund der Änderung der RechKredV durch das sogenannte AIFM-Umsetzungsgesetz haben wir die im Vorjahr im Posten "Sonstige Vermögensgegenstände" ausgewiesenen Anteile an Investmentkommanditgesellschaften, die nicht operativ tätig sind, erstmals im Posten "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" ausgewiesen.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e.V. "Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB" (IDW RH HFA 1.014) beachtet. Der gesamte Bilanzwert unserer zinsbezogenen Wertpapiere wurde mithilfe eines DCF Modells überprüft.

Bezüglich der Bewertung und Bilanzierung von strukturierten Wertpapieren verweisen wir auf den entsprechenden Abschnitt.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert, soweit die strukturierten Finanzinstrumente aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstruments keine wesentlich erhöhten oder zusätzlichen Risiken bzw. Chancen im Verhältnis zum Basisinstrument aufweisen. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Finanzinstrumente für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Strukturierte Wertpapiere

Unsere im Rahmen der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen erworbenen Credit Linked Notes haben wir entsprechend der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung "Bilanzierung von Kreditderivaten" (IDW RS BFA 1) als Schuldverschreibungen unter den Wertpapieren und zusätzlich als Eventualverbindlichkeiten (Credit Default Swaps) für die übernommenen Adressenausfallrisiken unter dem Bilanzstrich ausgewiesen.

Drohende und eingetretene Ausfälle aus Credit Linked Notes werden durch Bildung von Rückstellungen bzw. Abschreibungen berücksichtigt.

Anteilsbesitz

Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Im Jahr 2007 hat die Sparkassenorganisation über eine Zweckgesellschaft die Anteile des Landes Berlin und von Minderheitsaktionären an der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) erworben. Wir haben uns anteilig an dem Erwerb der LBBH mit einer direkten Kapitaleinlage und der Übernahme der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises beteiligt. Die Haftung für die zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises wurde bisher in der Bilanz unter den Posten "Beteiligungen" und "Sonstige Verbindlichkeiten" in Höhe von jeweils TEUR 4.025 abgebildet. Im Hinblick auf die angepasste aufsichtsrechtliche Einstufung auf Grundlage der EU-VO Nr. 575/2013 (CRR) haben wir abweichend zum Vorjahr unseren Anteil an der Haftung nicht mehr unter dem Posten "Sonstige Verbindlichkeiten" sondern unter "Eventualverbindlichkeiten" ausgewiesen und den Posten "Beteiligungen" entsprechend gekürzt.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung "Bilanzierung von Software beim Anwender" (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen.

Die Gebäude werden linear abgeschrieben. Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden dem tatsächlichen Werteverzehr entsprechend degressiv beziehungsweise linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Erfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Bei unbekannter Restlaufzeit haben wir den Abzinsungszeitraum mit Hilfe sachgerechter Expertenschätzungen ermittelt.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem modifizierten Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden mit einem einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechenden Rechnungszins von 4,66 % abgezinst. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Die Rückstellungen für Jubiläumszahlungen werden nach den Bestimmungen des TVöD unter Berücksichtigung von Sonderzahlungen ermittelt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit in der jeweils geltenden Fassung abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt nicht mehr als ein Jahr. Deshalb entfällt die Abzinsung.

Für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen, die in den ersten drei Monaten des folgenden Geschäftsjahrs nachgeholt werden, wurden Rückstellungen gebildet.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden grundsätzlich in der betroffenen GuV-Position ausgewiesen. Bei den Rückstellungen für Kreditrisiken sowie für Dienstjubiläen werden diese Effekte im Zinsergebnis ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps und Termingeschäfte) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten. Die sonstigen, nicht dem Handelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte werden einzeln nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der IDW-Stellungnahmen RS BFA 5 und RS BFA 6 bewertet. Bewertungsverluste werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch)

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zum 31.12.2014 zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und somit nicht gesondert bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus Geschäften außerhalb der besonderen Deckung werden unter Berücksichtigung des § 256a HGB gebucht und in den Posten "Sonstige betriebliche Erträge" bzw. "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt TEUR 4.139 bzw. TEUR 4.008.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main, als Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	64.688	45.153
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	412	564

Wertpapiere

Die im folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Papieren wie folgt aufzuteilen:

	Insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	327.349	313.957	13.392
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	59.603	0	59.603

Anteilsbesitz

Unter den Beteiligungen werden die Anteile an der SKW HAUS & GRUND Immobilien GmbH, Gütersloh, ausgewiesen, an der die Sparkasse zu 50 % beteiligt ist. Das Eigenkapital der GmbH beträgt TEUR 50, der Jahresüberschuss des Jahres 2013 TEUR 204.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2014 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2014	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2014	Buchwert 31.12.2013
1. Beteiligungen	36.062	12.179	4.116	(2.369)	12.011	32.114	26.420
2. Sonstige Vermögensgegenstände	140	0	138	(0)	0	2	108
3. Immaterielle Anlagewerte	619	52	231	(59)	360	80	87
4. Sachanlagen	46.461	3.208	1.836	(1.481)	35.249	12.584	11.231

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 9.185 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden, und mit TEUR 1.953 auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
<u>Aktivseite</u>		
Disagio aus Verbindlichkeiten	244	436
<u>Passivseite</u>		
Disagio aus Forderungen	502	762

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind im folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	4.000	0

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunalen Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2014 7,5 % (ab 2015 7,75 %). Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betrugen im Jahr 2014 TEUR 1.281.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2013 hätte die Ausgleichszahlung TEUR 48.744 betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht dies dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen. Bei der Ermittlung des Barwerts ist als Rechnungszins eine Verzinsung in Höhe von 2,75 %, höchstens jedoch der in der Deckungsrückstellungsverordnung festgelegte Zinssatz zugrunde zu legen. Dieser betrug im Jahr 2014 1,75 % und beträgt derzeit 1,25 %. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2014 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2015 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Deckungsvermögen

Wir haben Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, mit diesen Schulden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Entsprechend wurden auch die zugehörigen Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Vermögen verrechnet.

Die Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände betragen TEUR 1.121. Zum 31.12.2014 ergibt sich auf Grundlage der Marktwerte ein beizulegender Zeitwert von TEUR 1.261. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt zum 31.12.2014 TEUR 1.509. An Aufwendungen und Erträgen wurden TEUR 58 bzw. TEUR 39 verrechnet.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für nachstehende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	127.461	121.268

Nachrangige Verbindlichkeiten

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag TEUR	Währung	Zinssatz %	fällig am	außerordentliches Kündigungsrecht
10.000	EUR	4,01	20.05.2015	nein

Für von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen von TEUR 401 angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangene nachrangige Verbindlichkeit kann im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie ist für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar.

Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
<u>Aktivposten</u>		
Forderungen an Kunden	10.346	10.347
<u>Passivposten</u>		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	878	888

Fristengliederung (in TEUR)

	Forderungen bzw. Verbindlichkeiten					
	mit einer Restlaufzeit				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2015 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	---	---	---	4.000		
4. Forderungen an Kunden	29.936	98.451	376.920	730.745	73.449	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						43.546
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.177	44.190	118.042	86.062		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	7.515	3.164	2.739	12		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7.856	42.467	15.700	988		
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						1.000
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten	---	---	---	---		

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

Eventualverbindlichkeiten

Von den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten entfallen TEUR 13.252 auf Credit Default Swaps (CDS), bei denen wir im Rahmen der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen eine zusätzliche Sicherungsgeberposition für Adressenausfallrisiken übernommen haben. Die Überprüfung der in die Kreditbaskets eingebrachten Kreditengagements hat ergeben, dass nicht mit einem Ausfall der Kreditnehmer zu rechnen ist.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

In den Zinserträgen sind Beträge in Höhe von TEUR 1.339 enthalten, die anderen Geschäftsjahren zuzurechnen sind. Davon entfallen TEUR 740 auf Kapital- und Kostenzinsen aus notleidenden bzw. abgeschriebenen Forderungen und TEUR 597 auf Vorfälligkeitsentgelte für vorzeitig von Kunden zurückgezahlte Darlehen.

Durch die vorzeitige Schließung von Zinsswaps im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sind Vorfälligkeitsentschädigungen von TEUR 2.810 angefallen, die unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen werden. Der Zinsüberschuss künftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Etwa TEUR 567 des ausgewiesenen Steueraufwands entfallen auf Nachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gemäß § 193 ff. der Abgabenordnung.

E. SONSTIGE ANGABEN

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf nachstehende Bilanzpositionen:

Positionen	Erläuterung der Differenz
<u>Aktive latente Steuern</u>	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Beteiligungen	Steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen
Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter (z.B. Abzinsungszinssatz, Kostensteigerungen) Keine steuerliche Anerkennung der Rückstellung

Der Berechnung wurde ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,8 % und ein Gewerbesteuersatz von 14,3 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragssteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,1 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderungen der Vorsorgereserven und des Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in Vorjahren Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren.

Zins-Swaps werden zur Steuerung des sich aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva ergebenden allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt.

Devisentermingeschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte abgeschlossen, sodass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte, sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Handels- geschäfte	Deckungs- geschäfte
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	13.603	5.529	0	19.132	9.560	9.572
Zinsrisiken						
Zins-Swaps	20.000	20.000	50.000	90.000	0	90.000
Risiken aus Kreditderivaten						
Credit Default Swaps	1.897	24.855	0	26.752	13.252	13.500

Die Angabe der Kreditderivate erfolgt aus Transparenzgründen, obwohl diese nicht explizit vom Wortlaut des § 36 RechkredV erfasst werden.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten und nicht zum Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegende Zeitwerte beizumessen:

	Bilanzposten	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	
			positiv	negativ
Derivative Finanzinstrumente		TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	---	---	144	125
Zinsrisiken				
Zins-Swaps	---	---	749	12.255
Risiken aus Kreditderivaten				
Credit Default Swaps	Passiva 7 c	267	89	126

Die Angabe der Kreditderivate erfolgt aus Transparenzgründen, obwohl diese nicht explizit vom Wortlaut des § 36 RechkredV erfasst werden.

Der beizulegende Zeitwert der Zins-Swaps wird über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag (DCF Modell) mittels des Programms Simcorp Dimension der FI ermittelt.

Die Zinsänderungsrisiken messen wir durch die Ermittlung der Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf den Vermögenswert aller zinstragenden Aktiv- und Passivpositionen (Zinsbuch) über die Abzinsung aller innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen (Cashflows). Diese werden mit der der jeweiligen Laufzeit entsprechenden aktuellen Rendite abgezinst. Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zins-Swaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion – ohne Marge der Sparkasse) mit den von der vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste AG, Frankfurt am Main, veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen bewertet.

Der Zeitwert der Credit Default Swaps aus der Sicherungsnehmer- und der Sicherungsgeberposition (Handelsgeschäft) der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen wird als Differenz zwischen dem Restwert der ursprünglichen Prämienbarwerte bei Abschluss und den Prämienbarwerten bei Neuabschluss (Wiedereindeckung) am Bilanzstichtag mit einem Bewertungstool der Bayerischen Landesbank, München, ermittelt.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 33,2 Mio im Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB ansparen. Hiermit hat sie im Jahr 2010 begonnen. Im Jahr 2014 wurden EUR 1,1 Mio dotiert (Gesamtbetrag zum 31.12.2014: EUR 5,8 Mio). Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe. Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 1,62 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr beträgt:

	TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	184
andere Bestätigungsleistungen	21
Summe	205

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten feste Bezüge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

	Grundbetrag und Allgemeine Zulage TEUR	Leistungs- zulage TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamt- vergütung TEUR
Jörg Hoffend Vorstandsvorsitzender	334	43	15	392
Kay Klingsieck Vorstandsmitglied (ab 01.11.2014)	45	0	2	47
Rainer Langkamp Vorstandsmitglied (bis 30.04.2014)	96	35	4	135
Summe	475	78	21	574

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Januar 2013 wurden die Vertragsbedingungen von Herrn Langkamp mit Wirkung zum 01.01.2014 insoweit angepasst, als ein Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen statt Abfindung vereinbart wurde. Aufgrund seines Ausscheidens zum 30.04.2014 wurde mit Herrn Langkamp im Dezember 2013 ein Aufhebungsvertrag geschlossen. Im Falle des Eintritts des Versorgungsfalls bis zum 30.04.2014 hätte er Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen von 40 % seiner festen Bezüge gehabt. Weitere Leistungen sind ihm im Rahmen des Aufhebungsvertrags weder gewährt noch zugesagt worden.

Am 01.05.2014 hat Kay Klingsieck zunächst seine Tätigkeit als stellvertretendes Vorstandsmitglied begonnen. Zum 01.11.2014 wurde Herr Klingsieck Vorstandsmitglied.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Hoffend und Herr Klingsieck Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen mit ihrem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Hoffend beträgt derzeit 55 % und der von Herrn Klingsieck 30 % der ruhegeldfähigen Bezüge.

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Der Anspruch von Herrn Hoffend und von Herrn Klingsieck beträgt dann 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	Im Jahr 2014 der Pensions- rückstellung zugeführt TEUR	Barwert der Pensions- ansprüche 31.12.2014 TEUR
Jörg Hoffend, Vorstandsvorsitzender	325	2.628
Kay Klingsieck, Vorstandsmitglied (ab 01.11.2014)	485	1.398
Summe	810	4.026

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 499 gezahlt. Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31.12.2014 TEUR 7.063.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Bilanzprüfungsausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse einschließlich lediglich beratender Teilnehmer werden ein Sitzungsgeld von EUR 300 (ggf. zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer) je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhielten die Mitglieder des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit in der Zweckverbandsversammlung ein Sitzungsgeld von EUR 50 bzw. EUR 100 für die Vorsitzenden. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	EUR
Sven-Georg Adenauer	2.800
Irene Albers	50
Thomas Beckmann	2.700
Ann Katrin Brambrink	200
Andreas Brems	300
Heinz Bünnigmann	4.700
Philipp Christ	1.200
Kerstin Elbracht	1.200
Marita Fiekas	450
Georg Hanneforth	100
Ingrid Hollenhorst	1.650
Christa Kockentiedt	1.300
Siegfried Kornfeld	2.700
Markus Kottmann	10.400
Martina Linnenbecker	1.500
Dr. Siegfried Luther	3.213
Marco Mantovanelli	100
Hendrik Menzefricke-Koitz	300
Sylvia Mörs	100

Name	EUR
Peter Müller	2.400
Peter Münstermann	50
Bernd Mußenbrock	4.500
Thomas Ostermann	3.550
Barbara Rüsenberg	4.200
Markus Sabados	300
Fritz Spratte	600
Michael Tacke	1.200
Ingrid Tiedtke-Strandt	3.500
Klaus Tönshoff	2.450
Michael Wolbeck	50
Maria Unger	3.350
Wilko Wiesner	1.800
Christiane Ziegele	2.800
Summe	65.713

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2014 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von zusammen TEUR 6 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 1.553 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2014	2013
Vollzeitkräfte	226	227
Teilzeit- und Ultimokräfte	105	101
	331	328
Auszubildende	33	29
Insgesamt	364	357

Verwaltungsrat (bis zum 08.09.2014)

vorsitzendes Mitglied	Markus Kottmann	selbstständiger Rechtsanwalt
1. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds	Ingrid Tiedtke-Strandt	Lehrerin
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds	Wilko Wiesner	selbstständiger Rechtsanwalt
	Thomas Beckmann	Sparkassenangestellter
	Heinz Bünnigmann	selbstständiger Rechtsanwalt und Notar
	Siegfried Kornfeld	Lehrer i. R.
	Martina Linnenbecker	Sparkassenangestellte
	Dr. Siegfried Luther	Unternehmensberater
	Peter Müller	Sparkassenangestellter
	Bernd Mußenbrock	Prokurist, Leiter Finanzen und Steuern
	Thomas Ostermann	Lehrer
	Barbara Rüsenberg	Sparkassenangestellte
	Michael Tacke	Sparkassenangestellter
	Klaus Tönshoff	Vertriebsleiter
	Christiane Ziegele	Geschäftsführerin eines gemeinnützigen Vereins
beratende Teilnahme	Sven-Georg Adenauer	Landrat des Kreises Gütersloh
beratende Teilnahme	Maria Unger	Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh

Verwaltungsrat (ab 09.09.2014)

vorsitzendes Mitglied	Markus Kottmann	selbstständiger Rechtsanwalt
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds	Thomas Ostermann	Lehrer
2. Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds	Ingrid Hollenhorst	Buchhalterin
	Thomas Beckmann	Sparkassenangestellter
	Heinz Bünnigmann	selbstständiger Rechtsanwalt und Notar
	Philipp Christ	Sparkassenangestellter
	Kerstin Elbracht	Sparkassenangestellte
	Christa Kockentiedt	selbstständige Insolvenzberaterin
	Siegfried Kornfeld	Lehrer i. R.
	Dr. Siegfried Luther	Unternehmensberater
	Peter Müller	Sparkassenangestellter
	Bernd Mußenbrock	Prokurist, Leiter Finanzen und Steuern
	Barbara Rüsenberg	Sparkassenangestellte
	Klaus Tönshoff	Vertriebsleiter
	Christiane Ziegele	Geschäftsführerin eines gemeinnützigen Vereins
beratende Teilnahme	Sven-Georg Adenauer	Landrat des Kreises Gütersloh
beratende Teilnahme	Maria Unger	Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh

Vorstand

Vorstandsvorsitzender	Jörg Hoffend
Vorstandsmitglied	Kay Klingsieck (ab 01.11.2014)
Vorstandsmitglied	Rainer Langkamp (bis 30.04.2014)

Gütersloh, 02.04.2015

Sparkasse Gütersloh

Der Vorstand

Jörg Hoffend Kay Klingsieck

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Gütersloh für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 27.04.2015

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

- Prüfungsstelle -

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 hat der Verwaltungsrat die ihm laut Sparkassengesetz (Nordrhein-Westfalen) aufgetragenen Aufgaben wahrgenommen. Die Grundsatzfragen zur Geschäftspolitik der Sparkasse Gütersloh sowie alle wesentlichen Vorgänge im Geschäftsablauf wurden eingehend erörtert und überprüft. Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat in regelmäßigen Sitzungen über wirtschaftliche Verhältnisse, organisatorische Maßnahmen und über die Geschäftsentwicklung der Sparkasse.

Der Jahresabschluss 2014 sowie der Lagebericht 2014 der Sparkasse Gütersloh wurden zu Beginn des Jahres 2015 von der Prüfstelle des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe, Münster, geprüft. Im Anschluss daran wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Der vom Vorstand vorgelegte Lagebericht 2014 wurde vom Verwaltungsrat gebilligt. Außerdem hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2014 der Sparkasse Gütersloh festgestellt.

Die Sparkasse Gütersloh konnte ihren Jahresüberschuss im Jahr 2014 mit 1.989.538,96 EUR gegenüber dem Jahr 2013 um 19.242,99 EUR steigern. Über die Verwendung des Betrags entscheidet nach dem Sparkassengesetz (Nordrhein-Westfalen) die Vertretung des Trägers auf Vorschlag des Verwaltungsrats der Sparkasse (§ 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG).

Der Verwaltungsrat schlägt der Vertretung des Trägers vor, einen Teilbetrag des Jahresüberschusses in Höhe von 297.000,29 EUR (incl. noch einzubehaltender Steuern) auszuschütten und den Rest der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Nach einem guten Start in das Jahr 2014 verschlechterte sich die konjunkturelle Entwicklung – auch im ostwestfälischen Raum – zur Jahresmitte hin. Erst zum Jahresende verbesserten sich die Aussichten und das Bruttoinlandsprodukt stieg im letzten Quartal wieder deutlich an. Auch die der *Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld* angeschlossenen Unternehmen beurteilen in der IHK-Frühjahrsumfrage 2015 ihre derzeitige Lage und die Zukunftsaussichten positiv - trotz der weiter schwachen Konjunktur in Teilen Europas und der nach wie vor bestehenden geopolitischen Risiken. Vor diesem Hintergrund konnte die Sparkasse Gütersloh beim Geschäftsvolumen und dem Jahresüberschuss eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erzielen. Ihr Engagement für die Region zeigte die Sparkasse Gütersloh auch durch eine Beteiligung an den Kosten für das *Wasserband* - ein Brunnen mit Wasserlauf auf dem Berliner Platz.

Der Verwaltungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Mitgliedern des Vorstands für ihren Einsatz und die konstruktive Zusammenarbeit. Durch ihre engagierte Arbeit konnte die Sparkasse Gütersloh bereits zum fünften mal in Folge in der Region Gütersloh den *CityContest* der Zeitschrift FOCUS-MONEY gewinnen.

Außerdem gilt sein besonderer Dank den Kunden und Geschäftspartner der Sparkasse Gütersloh. Der Verwaltungsrat wünscht Ihnen allen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2015.

Gütersloh, 02.06.2015

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Markus Kottmann